Auszug aus Grundrisse bei Context XXI

(<http://contextxxi.org/wirtschaft.html>)

erstellt am: 28. März 2024

Datum dieses Beitrags: November 2010

Wirtschaft

Grundlagen, Geschichte, Perspektiven

Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um gut zu leben.

■ GÜNTER BUCHHOLZ

1. Schlaglicht

Jede menschliche Gesellschaft muss auf der Grundlage der jeweiligen natürlichen Bedingungen und der von den vorhergehenden Generationen geschaffenen Umständen eine nachhaltige Lebenserhaltung anstreben und verwirklichen. In biologischer Hinsicht gehört hierzu die Fortpflanzung der Gattung sowie die Bewahrung der natürlichen Existenzgrundlagen, in wirtschaftlicher Hinsicht die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Denn durch gesellschaftliche Arbeit werden die notwendigen Mittel zur Lebenserhaltung erzeugt: Nahrung, Kleidung, Behausung sowie Mittel und Werkzeuge der Arbeit selbst decken die Grundbedürfnisse der Menschen und ermöglichen darüber hinaus ihre Entwicklung und kulturelle Entfaltung in gesellschaftlicher Praxis.

Die gesellschaftliche Arbeit geht zwangsläufig einher mit einer so oder so gearteten Verteilung oder Aneignung ihrer Früchte. Der Arbeitszusammenhang stellt sich dar als Komplex, der aus zweckorientierten Handlungen vieler Beteiligten erwächst und der Wirtschaft genannt werden kann; die grundlegenden Zwecke sind hier Bedürfnisbefriedigung und Reproduktion der jeweiligen menschlichen Gemeinschaften. Historisch betrachtet differenzierte sich die gesellschaftliche Arbeit innerhalb der menschlichen Gruppen und gesellschaftlichen Verbände in

funktionaler Hinsicht, zum einen horizontal (z.B. Jagd neben Handwerk, Ackerbau neben Viehzucht) und zum anderen vertikal (z.B. Planung/Leitung und Ausführung). Durch diese sich in langen Zeiträumen allmählich entwickelnde Teilung der Arbeit, durch eine ihr entsprechende gesellschaftliche Kooperation sowie durch eine anwachsende Basis an Erfahrungswissen und materiellen Ausrüstungen nahm die Produktivität der Arbeit allmählich zu.

Festzuhalten bleibt trotz unterschiedlicher Stellung und Interessen der Menschen im wirtschaftlichen Zusammenhang und trotz geschichtlich unterschiedlicher Ausprägungen von Arbeit und Aneignung, Wirtschaftsweise und Lebensform, dass die Wirtschaft im Grunde immer ein Mittel für übergeordnete Zwecke einer nachhaltigen Lebenserhaltung und der historisch-kulturellen Lebensentfaltung der Gesellschaft ist.

Aus dieser grundsätzlichen Perspektive bleibt auch die moderne Wirtschaftswissenschaft eine Wissenschaft, die - im besten Falle - etwas über die Rationalität der Mittel, gar nichts jedoch über die übergeordneten gesellschaftlichen Zwecke auszusagen imstande ist. Der einzige Begriff, der hier der modernen Wirtschaftswissenschaft zur Verfügung steht, ist der des Nutzens. Aber dieser Begriff wird in der Regel auf monetären Nutzen reduziert und verbleibt damit wie das Geld selbst auf der Ebene der Mittel; wird der Begriff aber nicht-monetär verwendet, dann bleibt er subjektiv und beliebig. Er bedürfte einer Objektivierung, um begrifflich an die gesellschaftliche Arbeit anschlussfähig zu

sein, nämlich zur Charakterisierung ihrer Resultate im Sinne eines Seins statt eines Habens.

Über diese übergeordneten Ziele, Zwecke und auch Probleme des als endlich erfahrenen menschlichen Lebens etwas Gültiges auszusagen, war in der Antike die Aufgabe der Philosophie und der Kunst, insbesondere des Theaters. Im Mittelalter war es die Aufgabe der Theologie und der Literatur, und in der Neuzeit wieder die der Philosophie, der Kunst und nunmehr und zumindest teilweise auch der Wissenschaften vom Menschen (Humanistische Psychologie; Fromm 1996), von der Gesellschaft und der Geschichte und schließlich der Sozialphilosophie.

Es geht auf dieser Ebene der Ziele und Zwecke letztlich um ein glückliches, ein insgesamt gelingendes Leben gesellschaftlicher Individuen, und dies trotz oder wegen der Einsicht in die Gefährdung und Endlichkeit menschlichen Daseins. Gute soziale Beziehungen, Gesundheit, Bildung und Muße sind hierfür zwar wichtiger als Wohlstand, aber eine wichtige Bedingung der Realisierung dieser Zielsetzung ist wiederum die Überwindung von Armut, denn Armut verursacht vermeidbares Leid und schränkt zugleich die mögliche Entfaltung des menschlichen Daseins ein. In der allgemeinen Überwindung der Armut besteht daher der unverzichtbare Grundbeitrag der Ökonomie.

2. Ausleuchtung

Wirtschaftsgeschichtlich gibt es eine Entwicklung von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, die sich später in

der Neuzeit und nur in Europa zur Kapitalwirtschaft weiter entwickelt hat. Diese jüngste und besonders dynamische Wirtschaftsform hat sich seit der Industriellen Revolution zunächst durch europäische Entwicklung, dann durch Kolonialismus und europäischen Imperialismus weltweit ausgebreitet, deren historische Erbin im Verlauf zweier Weltkriege die Vereinigten Staaten von Amerika wurden. Heute bestimmt die Kapitalwirtschaft sowohl die Wirtschaftsweise wie die globalen Wirtschaftsbeziehungen der Weltgesellschaften, die bis heute noch von den Vereinigten Staaten von Amerika dominiert wird, während neue Mächte – China, Indien, Brasilien – geschichtlich bereits im Aufstieg begriffen sind.

Allerdings verlief diese Entwicklung von der Natural- zur Geld- und weiter zur Kapital- und Weltwirtschaft nicht linear. Die Naturalwirtschaft entwickelte sich zwar bereits während der Antike zur Geldwirtschaft weiter, d.h. der Austausch (damals von Arbeitsprodukten und Sklaven) vollzog sich durch Verwendung von Edelmetallmünzen, wie sie erstmals vor ca. 2500 Jahren in Kleinasien entstanden (Müller 1977), aber das Ende der römischen Antike führte zu einer langen Rückbildung in die Naturalwirtschaft bzw. einer Reagrarisierung, nunmehr in den feudalen Formen des Lehnswesens, der Fronhofwirtschaft und der Leibeigenschaft. Erst nach einer langen geschichtlichen Epoche des feudalen Lehnswesens bildeten sich dann im Hochmittelalter allmählich wiederum durch Geld vermittelte lokale und auch überlokale Tausch- bzw. Marktprozesse heraus, die ihren Schwerpunkt zunächst in den Stadtwirtschaften hatten, z.B. in der Lombardei und in Süddeutschland sowie in der nordeuropäischen Hanse. In der Figur des Kaufmanns, von der sich die des verpönten Wucherers abspaltete, verkörperte sich diese Entwicklung, z.B. in Jakob Fugger (Motteck 1957; Braudel 1990).

Die Subsistenzwirtschaft ist die historisch älteste Art der Wirtschaft. Sie existiert bis heute, wo immer die Produktivität für kaum mehr als zur Abdeckung der Grundbedürfnisse ausreicht. Auf diesem Niveau kann es in kleinem Maßstab auch Tauschbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil geben.

In dem Maße aber, in dem mit der Entwicklung der Produktionstechnik die Produktivität der Arbeit gesteigert und ein natürlicher Überschuss bzw. ein Mehrprodukt erzeugt werden konnte, kommen neue Aspekte hinzu: Es wurde möglich, dieses Mehrprodukt zentral anzueignen oder es mit anderen Produzenten auszutauschen.

Die Erweiterung der Tauschoption geht mit der Entfaltung von Märkten einher. Mit dem relativen Rückgang der auf Selbstversorgung und der relativen Ausdehnung der auf den Markt ausgerichteten Produktion, der Tauschproduktion, entfaltete sich auch die horizontale und vertikale Arbeitsteilung (die Teilung in geistige und körperliche Arbeit, z.B. Planung und Ausführung) und zugleich die komplementäre gesellschaftliche Kooperation und Koordination (Mandel 1968). Durch die Verbindung mit der Aneignung des Mehrprodukts verschmolz schließlich die vertikale Arbeitsteilung zur gesellschaftlichen Herrschaft. Ein historisch frühes Beispiel hierfür sind die altorientalischen Despotien (Wittfogel 1977).

Seither sind alle Gesellschaften geschichtet bzw. stratifiziert, sind sie Klassengesellschaften, die durch die Existenz eines Mehrprodukts und durch die spezifische Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion, der Aneignung des Mehrprodukts sowie der Kooperation und Koordination ermöglicht und bedingt werden. Die herrschende Klasse der jeweiligen Produktionsweise (z.B. antike Sklavenhaltergesellschaft, Feudalgesellschaft und bürgerliche Gesellschaft) ist aufgrund ihrer gesellschaftlich führenden Position und ihrer Macht dauerhaft in der Lage, sich das gesellschaftliche Mehrprodukt anzueignen, und dieses Privileg, das die gesellschaftliche Ungleichheit und Polarisierung konstituiert, wird von ihr so lange wie möglich gegen jede gesellschaftlich geforderte oder auch geschichtlich andrängende Neuformierung der gesellschaftlichen Praxis verteidigt.

Für die antike wie für die mittelalterliche Naturalwirtschaft war die Geldwirtschaft anfangs eine Randerscheinung, die mit zunehmendem Warenaustausch aber immer wichtiger und insbesondere in den Städten als Plätzen des

Handels bestimmend wurde. Die Geldwirtschaft entstand daher in einem Prozess der Überformung der naturalwirtschaftlichen Produktion durch die Entwicklung einer Zirkulationssphäre für Arbeitsprodukte und Geldmünzen. Ist die Erzeugung für den Markt, also für die Bedürfnisse anderer anfangs unbedeutend, so wird sie im weiteren Verlauf vorherrschend. Die naturalwirtschaftliche gesellschaftliche Arbeit wird auf eine Restgröße, die Eigenarbeit im privaten Haushalt, reduziert. Das Geld wird *als Geld*, d.h. als Zahlungs- und Zirkulationsmittel verausgabt, oder es wird eben nicht verausgabt, sondern gehortet und zur Wertaufbewahrung bzw. Schatzbildung verwendet. Eine voll entwickelte Marktwirtschaft ist somit zugleich eine Geldwirtschaft, durch die viele Anbieter und viele Nachfrager auf den lokalen und überlokalen Gütermärkten mehr oder weniger gelungen durch Preisbildung koordiniert werden.

Die Weiterentwicklung von der Geld- zur Kapitalwirtschaft entstand durch die Verausgabung von Geld zur Geldvermehrung: Geld wurde zu Geldkapital, weil die Geldbesitzer für ihr akkumuliertes Geld auf einen Zuwachs abzielten. Die Verausgabung von Geld *als Kapital* bzw. als *Investition* zielt auf einen *erwarteten, aber zunächst ungewiss bleibenden zukünftigen Gewinn*, der seinerseits für weitere Investitionen nicht nur verwendet werden konnte, sondern, sobald sich die Kapitalwirtschaft verallgemeinerte und die Geldwirtschaft überlagerte, zu einem großen Teil sogar dafür verwendet werden musste, weil ohne Profit die Existenzfähigkeit der Unternehmen in der von ihnen selbst erzeugten Konkurrenz nicht mehr gesichert war.

Die Maximen der Betreiber der Kapitalwirtschaft heißen daher *Kapitalverwertung*, die sich an der Profitrate bzw. an der Rentabilität des Kapitals bemisst, und *Akkumulation*, d.h. eine dafür unvermeidliche Rückverwandlung von Gewinn in die Kapitalvermehrung. Praktisch herrscht ein Verwertungszwang, der ebenso wie die Akkumulation des Kapitals, aber anders als die Arbeit für menschlichen Bedürfnisse, keine quantitative Beschränkung kennt, sondern maßlos ist.

Mit der Kapitalwirtschaft entwickelte

sich so eine von den Absichten der handelnden Individuen abgelöste, verselbständigte, objektive und krisenhafte Dynamik, deren innere Wirkzusammenhänge letztlich undurchschaut blieben, und die gesamtwirtschaftlich nicht mehr unter Kontrolle der handelnden Wirtschaftssubjekte stand und steht. Die seit 1825 nachweisbaren konjunkturellen Schwankungen und Krisen sind der unmittelbare Ausdruck dieses Sachverhalts. Da nun die Kapitalverwertung das Wirtschaften bestimmte — und nicht mehr die Bedürfnisse der Menschen —, wurde das wirtschaftliche Geschehen von der Kapitalverwertung abhängig und so das Kapital bzw. der sich selbst verwertende Wert zu einer Art von übergeordnetem, übermächtigem Quasi-Subjekt der Ökonomie und der Gesellschaft, das seine Herrschaft mittels vermeintlicher „Sachzwänge“ durchsetzt.

Voraussetzung für solche Investitionen ist, dass die bereits vermögenden Investoren doppelt freie Arbeiter vorfinden, also solche Menschen, die persönlich frei, aber zugleich darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt auf einem niedrigeren oder höheren Niveau fristen zu können. Menschliche Arbeit nimmt unter diesen Voraussetzungen die gesellschaftliche Form der Lohnarbeit an, und die Anwendung der Arbeitskraft als Gebrauchswert ermöglicht es wie von selbst, dass ein Mehrwert über die zur Erhaltung der Arbeitskraft selbst nötigen Werte hinaus produziert wird, der in der Zirkulation bzw. auf den Märkten als Gewinn in Erscheinung tritt und vom Kapitaleigner kraft seines Eigentumsrechts angeeignet wird (Marx 1993, S. 161 ff.).

Damit hat sich nun auch eine Verkehrung von Mittel und Zweck vollzogen. Die Ökonomie dient in einer Kapitalwirtschaft nicht mehr dem menschlichen Leben, sie ist nicht länger Mittel seiner Reproduktion oder seiner Erhöhung, sondern sie beherrscht und bestimmt die Gesellschaft selbst als abstrakter höherer Zweck, der mit unbegrenzter Gleichgültigkeit, schrankenlos und ohne eigentliche gesellschaftliche Vernunft, die Produktivität und Akkumulation vorantreibt und damit die eigentlichen, menschlichen Lebenszwecke immer wieder annulliert. Un-

ter diesen Bedingungen kann die alte philosophische Frage, was denn ein gutes, ein gelingendes menschliches Leben sei, nur noch im Kontext einer Kritik der Kapitalwirtschaft, also einer „Kritik der Politischen Ökonomie“ gestellt und beantwortet werden.

Ungleiche Vermögensverteilung und Rechtstitel an den Produktionsmitteln, Kapitalinvestition und Lohnarbeit konstituierten auf Grundlage der älteren Geld- bzw. Marktwirtschaft die Kapitalwirtschaft. Sie überwölbte die Marktwirtschaft (den durch Waren und durch Geld vermittelten Warentausch) in Gestalt der Ware – Geld – Beziehungen des Hoch- und des Spätmittelalters, durchdrang sie und nahm sie in sich auf, so wie die Naturalwirtschaft des Frühmittelalters von der Geldwirtschaft überwölbt, durchdrungen und in sich aufgenommen worden war.

Die große wissenschaftliche Zukunftsfrage in unserer Zeit lautet: In welcher höherer Gestalt des Wirtschaftslebens kann und soll die Kapitalwirtschaft aufgehoben werden?

3. Fokussierung

Die Entwicklung des ökonomischen Denkens begann in der Antike mit Aristoteles (2006). Im Mittelpunkt stand bei ihm einerseits die naturalwirtschaftliche „Ökonomik des Ganzen Hauses“ (oikos), andererseits jene Spannung, die sich aus der Überformung und Durchdringung der Naturalwirtschaft durch die - auf Grundlage des sich erweiternden Handels - anfangs noch marginale aber expandierende Geldwirtschaft ergab. Aristoteles bezeichnete die Geldwirtschaft als „Chrematistik“. Er kritisierte, dass diese Orientierung auf monetären Reichtum die Ökonomik des Ganzen Hauses und damit die Naturalwirtschaft überhaupt bedrohe, indem die limitierende Beziehung zu den natürlichen menschlichen Bedürfnissen zerschnitten würde, sodass das menschliche Maß verloren gehe. In der mythischen Erzählung vom König Midas hat diese Kritik ihre gültige Form gefunden. Midas hatte die sagenhafte Fähigkeit, durch seine bloße Berührung alle Dinge in Gold zu verwandeln, was ihm aber, weil das auch für seine eigenen Nahrungsmittel galt, den Hungertod brachte.

Mit dem Übergang von der entwickel-

ten mittelalterlich-frühneuzeitlichen Geldwirtschaft zur Kapitalwirtschaft wurde in Schottland und England die Politische Ökonomie begründet, die sich einerseits kritisch auf das in Frankreich entwickelte, noch geldwirtschaftlich geprägte merkantilistische Wirtschaftssystem bezog, und die andererseits den Versuch unternahm, die auch in technologischer Hinsicht (Industrielle Revolution) revolutionäre und völlig neuartige Kapitalwirtschaft zu begründen. Man versuchte, die gesamtwirtschaftliche Produktion (Adam Smith) und die Verteilung (David Ricardo) mit der bürgerlichen Arbeitswerttheorie (William Petty, John Locke) zu erklären und auf dieser Basis die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft zu entdecken. Hierin bestand die große Bedeutung der „Schottischen Aufklärung“ (David Hume, Adam Smith), die auch stark auf die deutsche idealistische Philosophie (Kant, Hegel) einwirkte.

Diese damals vorhandenen Ansichten wurden in der Theorie von Karl Marx zum Gegenstand der genaueren Untersuchung, Auseinandersetzung und Kritik. Marx' Hauptwerk heißt: Das Kapital – Kritik der Politischen Ökonomie. Wie der Titel sagt, war es das Ziel von Marx, durch eine Kritik der damaligen Erkenntnisse, auf der Basis einer wesentlichen Richtigstellung der vorherrschenden Arbeitswerttheorie, die „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“ aufzudecken, ihre Funktionsszusammenhänge und daraus hervorgehende Entwicklungstendenzen zu erforschen und als Kapitalwirtschaft ebenso wie als Klassengesellschaft begreifbar zu machen.

Die bürgerliche Gesellschaft wurde von Marx wie auch schon von G. W. F. Hegel als eine widersprüchliche, zutiefst entzweite, konflikthafte Gesellschaft begriffen. Daher explizierte Marx auf jeder Stufe seiner Theorie den Doppelcharakter seiner Begriffe und die Widersprüchlichkeit der Phänomene, zu Beginn den Begriff der Ware, die im wirtschaftlichen Handeln als Gebrauchswert und Tauschwert fungiert: ein dialektischer Widerspruch (Marx 1993). Weil Marx die Ware, ihre Produktion und ihre Widersprüchlichkeit als etwas gesellschaftlich Objektives und nicht etwa einen menschlichen

Denk- oder Bewusstseinsvorgang, also etwas individuell Subjektives zum Ausgangspunkt nahm, beanspruchte er für seinen Ansatz das Gütesiegel einer materialistischen und dialektischen Theorie.

Die Wertschöpfung und Verteilung wurden darin ebenso stimmig erklärt wie Akkumulation, Kapitalkreisläufe, Kredit und ökonomische Krise (Müller 2009). Der bürgerliche Staat und der Weltmarkt konnten allerdings nicht mehr abgehandelt werden.

Mit seinem Ableben im Jahr 1883 hinterließ Marx ein unvollendetes Mammutwerk. Während des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts setzte sich dann in Deutschland die Industrielle Revolution durch. Zugleich entwickelte sich rasch eine Arbeiterbewegung, in die die Analyse von Marx hineinwirkte. Im Bürgertum sprach man von einer bedrohlichen „Sozialen Frage“, nicht zuletzt, weil sich in Frankreich mit der Pariser Kommune 1871 erstmals eine konkrete Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft abzuzeichnen schien und die Wirtschaft in eine tiefe Krise geriet (1. Große Depression; ab 1873).

Die ehemals bürgerliche Arbeitswerttheorie war von Marx weiter entwickelt und so in eine Grundlage seiner Kritik der bürgerlichen Gesellschaft verwandelt worden. Damit verlor sie für das Bürgertum nicht nur ihre Brauchbarkeit, sondern wurde sogar zu einer bewusst wahrgenommenen Gefahr. Sie musste deswegen aufgegeben und durch eine neue Theorie ersetzt werden, die die bürgerliche Gesellschaft rechtfertigen konnte, indem sie ein harmonisches Bild von ihr zeichnete.

Deren Ausgangspunkt war die *Grenznutzentheorie* oder die „marginal revolution“ (Gossen, Wieser, Menger, Jevons). Leon Walras entwickelte daraus eine statische Theorie des allgemeinen Marktgleichgewichts, die bis heute zum Ausgangspunkt und Zentrum der neoklassischen oder mikroökonomischen Theorie wurde (Hofmann 1971). Sowohl von der klassischen Politischen Ökonomie (Smith, Ricardo) wie von der Kritik der Politischen Ökonomie (Marx) unterscheidet sich diese Theorie fundamental, obwohl sie sich gelegentlich gern auf Smith zurück bezieht, um den Bruch zur Klassik zu vertuschen und eine so nicht vorhandene Kontinuität

zu suggerieren.

Die Neoklassiker konzentrierten sich auf das einzelne Wirtschaftssubjekt mit seinen individuellen Präferenzen und Wahlentscheidungen, auf den Tausch und auf die Verteilung knapper Ressourcen. Die Kapitaleigner wurden verhaltenstheoretisch den Verbrauchern und Lohnarbeitern mit der Annahme gleich gestellt, dass alle Wirtschaftssubjekte ihren Nutzen maximieren wollen. Insofern verfolgen alle Marktteilnehmer angeblich dasselbe Interesse, und es herrscht eine vom Marktprozess mittels der Preiskonkurrenz und des Wechselspiels der beiden Marktseiten durchgesetzte Harmonie in Gestalt des so genannten allgemeinen Gleichgewichts aller Märkte. Der Markt wurde daher als Garant für Gleichgewicht und Wohlfahrt gesehen. Die Kapitalwirtschaft wurde unter Abstraktion vom Geld als bloße Tauschwirtschaft aufgefasst und wirtschaftliche Krisen konnten auf der Grundlage der theoretischen Vorannahmen eigentlich nicht vorkommen.

Bei der Neoklassik handelt es sich um einen Theorietypus, der ebenso rationalistisch wie idealistisch ist. Der idealistische Charakter der Theorie ergibt sich daraus, dass der Ausgangspunkt der Theoriebildung das menschlichen Denken bzw. das menschliche Bewusstsein, eine Konstruktion im Kopf ist. Deren Rationalismus liegt in der zentralen Annahme des 'homo oeconomicus' und wird mit angenommenen idealen Merkmalen der Märkte abgesichert. Diese Annahmen fungieren wie die Axiome in der Mathematik, und tatsächlich handelt es sich um eine empirisch leere mathematische Theorie, die überdies, weil sie die Ökonomie weder als Kapitalwirtschaft noch als Geldwirtschaft, vielmehr letztlich als bloße Tauschwirtschaft begreift, ihren Gegenstand grundsätzlich verfehlt. Daran vermögen auch die punktuell realistischeren Prämissen der jüngeren Theorie nichts zu ändern.

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 (2. Große Depression) bewirkte eine historische und theoretische Zäsur. Die Krise trat als umfassendes Marktversagen in Erscheinung, und die neoklassisch orientierte Wirtschaftspolitik wirkte krisenverschärfend. Dieses doppelte Versagen zwang die Wirtschaftspolitik, sich von neoklassischen

Vorstellungen zu lösen, andere Wege zu gehen und dabei auch auf die Methode von Versuch und Irrtum zu setzen. Unter dramatischen und komplizierten Zeitumständen entwickelte John Maynard Keynes in England seine „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936).

Keynes' Kritik an der Neoklassik griff zunächst das sogenannte Say'sche Theorem an (Keynes 1936, S. 16 ff.) in dem behauptet wurde, dass die Nachfrage kein Problem darstelle: sie sei stets gewährleistet. Eben das ist nach Keynes aber falsch. Dann entwickelte er in Differenz zur mikroökonomischen Preistheorie und mit Rückgriff auf klassische Lehrmeinungen (Quesnay 1768) eine übergeordnete makroökonomische Kreislauflogik auf der Grundlage ökonomischer Aggregate (Investition, Konsum, Staatsverbrauch, Außenhandel). Auf die für die Mikroökonomik zentrale Annahme des 'homo oeconomicus' verzichtete er zugunsten plausibler psychologisch-statistischer Annahmen wie den Hang zum Verbrauch, die Veranlassung zur Investition und die Vorliebe für Liquidität.

Angesichts der tiefen Depression der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts bestanden seine *kurzfristigen* wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen darin, im Falle einer ökonomischen Krise eine Schließung der Nachfragerlücke durch den bürgerlichen Staat zu fordern. Das lief natürlich auf eine Rettung des liberalen kapitalwirtschaftlichen Systems hinaus, das sich zu dieser Zeit von zwei Seiten zugleich bedroht sah, nämlich von der planwirtschaftlichen Sowjetunion einerseits und vom kriegswirtschaftlichen NS-System andererseits.

Langfristig, nämlich im Hinblick auf eine zukünftige „mature economy“, eine reife kapitalistische Ökonomie also, forderte er die soziale „Euthanasie des Rentiers“, d.h. der Geldvermögensbesitzer, und die „Sozialisierung der Investition“ sowie die dann möglich und notwendige Herabstufung der Bedeutung der Ökonomie durch die Gesellschaft. Damit thematisierte er bereits die ökonomisch-historischen Grenzen der Kapitalwirtschaft wie wir sie kennen. (Keynes 1936, S. 314 ff.; Mattfeldt 1985).

Keynes' makroökonomische Vorstellungen stellen einen bedeutenden und gültigen theoretischen Fortschritt dar. Seine Theorie trifft den realen Erkenntnisgegenstand Kapitalwirtschaft, bleibt aber wie die Neoklassik auf die Marktprozesse beschränkt. Durch die alles bestimmenden psychologischen „Neigungen“ spielen jetzt auch menschliche Bewusstseinsprozesse in Verbindung mit Geld eine wichtige Rolle, und zwar insbesondere im Hinblick auf die historische Zeit und die mit ihr unvermeidlich verbundene Ungewissheit. Indem nicht nur rationale, sondern ebenso irrationale Motive in der Theorie berücksichtigt werden, findet eine verallgemeinernde Erweiterung des neoklassischen Verständnisses statt. Das gedankliche Konstrukt eines strikt rationalen homo oeconomicus wird in diesem theoretischen Konzept, welches die kapitalwirtschaftlichen Prozesse aus verschiedenen Gründen als instabil begreift, nicht mehr benötigt.

Gesellschaftliche Machtverhältnisse werden von Keynes aber nur implizit thematisiert. Auf den Staat wird ohne weiteres Hinterfragen Bezug genommen, und die tatsächlichen wirtschaftspolitischen Lenkungsmöglichkeiten der Ökonomie werden mehr oder weniger unterstellt.

Die kapitalistische Bewegungsdynamik einschließlich der Finanzmärkte wurde zwar nicht von Keynes, aber auf Basis seiner Theorie von seinen Schülern analysiert: der Postkeynesianismus hat sich auf diesem Wege als eine wissenschaftlich produktive Forschungsrichtung erwiesen, wie aktuell z.B. Minsky's Beitrag zur Erklärung der Finanzkrisen zeigt (Minsky 2007).

Die keynesianische Theorie hatte die Neoklassik durch die makroökonomisch ansetzende Kritik und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik bis zur Krise von 1975 zurückgedrängt. Das in dieser Zeit überraschend zunehmende Inflationsproblem begünstigte nunmehr die Durchsetzung des gegen Keynes gerichteten wirtschaftspolitischen Konzepts des Monetarismus (Friedman 1962), das zuerst von den Zentralbanken aufgegriffen wurde.

Da dieses Konzept Märkte im Gleichgewicht unterstellte, kam es im Zuge der sogenannten monetaristischen

Konterrevolution auch zur Rückkehr der Neoklassik. In deren Verlauf verdrängte dann eine rechtsliberale, sich auf Friedrich August von Hayek (Hayek 1944) berufende Radikalisierung die neoklassischen Gleichgewichtsvorstellungen und ersetzte sie weitgehend durch die Wettbewerbstheorie von Hayek (Österreichische Schule). Keynes' Sozialliberalismus oder Linksliberalismus wurde in Deutschland, nicht zuletzt durch die Mont Pèlerin Society (Nordmann 2005) zu einem Feindbild, und die einmal gewonnenen makroökonomischen Einsichten wurden verdrängt. Diese politisch über einen Zeitraum von dreißig Jahren sehr erfolgreiche neoliberale Konterrevolution, die schließlich in der Weltwirtschaftskrise von 2008 auf ihre Grenzen gestoßen ist, basierte auf einer interessenbedingten, theoretisch nur teilweise kohärenten politischen Kombination von Neoklassik, Wettbewerbstheorie und Monetarismus. Diese Kombination bedeutete gegenüber der keynesianischen Makroökonomik einen enormen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Rückschritt. Zwar ist dieser neoliberale wirtschaftstheoretische Ansatz in der Weltwirtschaftskrise von 2008 ff. zwar gescheitert, aber aufgrund der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse noch nicht abgelöst.

4. Perspektiven

Nach der Weltwirtschaftskrise ab 1929 ist die Kapitalwirtschaft in der Weltwirtschaftskrise von 2008 erneut an eine vergleichbare historische Grenze gestoßen, die aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen nahelegt, analog zu den skizzierten historischen Ablösungen von Produktionsweisen und Sozialformen den Übergang in eine neuartige, funktional und zivilisatorisch höhere ‚Wirtschaft der Gesellschaft‘ zu fördern (Müller 2005, S. 254 ff.). Hierfür ist offenkundig wieder ein längerer historischer Prozess ökonomischer und gesellschaftlicher Transformation notwendig, in dem die neue Formbildung einer „Sozialwirtschaft“ die in immer mehr Schwierigkeiten führende, gesellschaftsgeschichtlich eigentlich schon überholte „Kapitalwirtschaft“ aufhebt, indem sie sie überformt, durchdringt und in sich aufnimmt (Waller-

stein/Müller 2010).

Gegenwärtig ist ein sehr breiter und vielseitiger Diskussionsprozess in Gang gekommen, welche Veränderungen in dieser Grundrichtung möglich und sinnvoll sind. Kurzfristig scheint beispielsweise möglich, die gesellschaftliche Reproduktion an ökologische Zielvorgaben zu binden, Maßstäbe und Ziele gesellschaftlicher Wohlfahrtsziele vorzugeben und sie lenkungs- und verteilungspolitisch durchzusetzen.

Die Überwindung von Armut im eigenen Land und auch die Öffnung von entsprechenden neuen Entwicklungspfaden für Länder in aller Welt sind realistische Möglichkeiten.

Die halbierte Demokratie des bestehenden politischen Systems muss hierfür schrittweise im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie (Bontrup 2010) erweitert und vertieft werden, was auch eine neue Unternehmensverfassung erfordert. Denn angesichts der bestehenden Machtverhältnisse ist ohne Wirtschaftsdemokratie eine wirksame und nachhaltige makroökonomische Steuerung, diese zugleich im Kontext einer umfassenden Gesellschaftspolitik, politisch nicht durchsetzbar.

Längerfristig muss durch die Entfaltung einer breiten demokratischen Bewegung die permanente, systemisch bedingte Enteignung der Lohnabhängigen und ihre Zurichtung als bloß dem Kapital nützliche Arbeitskräfte und ebenso ihre auf vielen Wegen geförderte politische Lähmung und Subalternität überwunden werden. Die Selbststeuerung der Gesellschaft sollte zukünftig auf einer tatsächlich demokratischen Politik beruhen, die alle Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Informatik und sowie wissenschaftliche und kulturelle Selbstreflexion ausschöpft.

Das die Kapitalwirtschaft innerlich bestimmende ökonomische Verwertungskalkül und die entsprechend dominierende formale Rationalität der Renditerechnung sind als Steuerungsgrößen zumindest fragwürdig geworden oder gänzlich desavouiert, weil ihre Logik bereits innerhalb, besonders aber außerhalb des Subsystems Wirtschaft zu Fehlentwicklungen führt, besonders zu Finanzkrisen und zu konjunkturellen, aber auch zu ökologischen Krisen sowie zu Krisen der Staatsfi-

nanzen.

Die moderne Ökonomie ist in einer historischen Perspektive gleichsam die heutige gesellschaftliche Erscheinungsform des Königs Midas: für wenige Nutznießer wird ohne Rücksicht auf Mensch und Natur alles zu Geld gemacht, und viel zu viele Menschen können deshalb nur in mehr oder weniger elenden Umständen oder gar nicht überleben.

Daher muss künftig im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben eine primär materiale, inhaltliche Rationalität gelten und über auch notwendige Gestalten einer formalen, kalkulierenden und rechnenden Rationalität übergreifen. Die heute noch gesamtgesellschaftlich anerkannten und angewandten ökonomischen Begriffe und scheinbar rationale Methoden, die in der kapitalwirtschaftlichen Praxis verankert sind, sind von ihr durchdrungen und geprägt. Sie tragen einen historisch-formationellen Stempel, das heißt sie sind nicht auf andere Bereiche übertragbar oder gar universalisierbar. Andere ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge erfordern grundsätzlich andere Begrifflichkeiten und Logiken, z.B. im Hinblick auf Ökologie, Gesundheit, Bildung und humane Lebensentfaltung. Die Ausweitung des verengten kapitalökonomischen Denkens auf andere gesellschaftliche Bereiche, wie sie für die neoliberale Entwicklungsphase typisch ist, bedeutet also gesellschaftlich und ökonomisch eine Fehlsteuerung, wirkt destruktiv und ist daher zu überwinden.

Im Grunde liegt eine nicht mehr hinnehmbare Verselbständigung der ökonomischen Sphäre gegenüber der gesellschaftlichen und politischen vor. Es handelt sich um eine Verkehrung von gesellschaftlichen Zwecken und ökonomischen Mitteln, die zurückgenommen werden muss. Die Unvermeidlichkeit dieser Rücknahme und einer Um- und Neugestaltung ergibt sich aus der gesellschaftlichen und globalen Situation.

Die eigentliche Aufgabe der Ökonomie besteht in der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse auf der Grundlage solidarischer Verhältnisse. Heute und in Zukunft kommt es dabei vor allem auf die Förderung und Ausstattung einer na-

tur- und sozialverträglichen Lebensweise und auf die Überwindung von Armut und Elend an. Es sind dies Aufgaben und Ziele, für die die kapitalistische Verwertungswirtschaft und die ihr entsprechenden Formen nach allen Erfahrungen offenkundig nicht geeignet sind.

Gerade die Überwindung der Armut ist von der Kapitalwirtschaft nur teilweise, global betrachtet sogar ganz unzureichend sowie mit schweren Nebenwirkungen insbesondere ökologischer Art erfüllt worden. Indem Wissenschaft und Technik im Rahmen der Kapitalwirtschaft praktisch angewendet wurden, konnten die gesellschaftlichen Produktivkräfte in historisch einzigartiger Weise entfaltet werden. Wie die rasche Entwicklung der neuen Technologien zeigt, setzt sich dieser Prozess zwar immer noch fort, aber in der Kapitalwirtschaft drücken sich diese wachsenden Potenziale der gesellschaftlichen Arbeit als Überakkumulationskrisen mit Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Verteilungsungleichheit aus statt in einer Steigerung des Wohlergehens der Menschen.

Eine zukünftige, weiter zu ergründende alternative Wirtschaftsweise, eine Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft hätte die Aufgabe, die genannten Widersprüche aufzulösen und die ökonomische Praxis auf einem höheren Niveau in das gesellschaftliche Leben, das dann ein anderes Leben wäre, zu integrieren. Dazu muss, wie Polanyi feststellte, die historische „Entbettung“ der Märkte bzw. der Ökonomie durch ihre erneute Einbettung in eine vollständig demokratisierte Gesellschaft überwunden werden (Polanyi 1978).

Für konstruktive Kritik und hilfreiche inhaltliche Hinweise möchte ich an dieser Stelle Kristina Osmers, Werner Dicke, Hans-Juergen Driemel sowie in ganz besonderem Maße Herrn Dr. Horst Müller meinen Dank aussprechen! - Möglicherweise noch verbliebene Mängel verantwortete ich alleine. GB.

Literatur

- Aristoteles (2006), Politik I, 10, 1258a, übers. v. O. Gigon, Artemis & Winkler Verlag Mann-

heim

- Bontrup, Heinz-J. (2010), Perspektive Wirtschaftsdemokratie, in: Zeitschrift Sozialismus Nr. 2/2010, S. 21 - 25
- Braudel, Fernand (1990), Sozialgeschichte des 15. - 18. Jh., 3 Bde.: Der Alltag, Der Handel, Aufbruch zur Weltwirtschaft, München
- Friedman, Milton (1962), Capitalism and Freedom, deutsch: Kapitalismus und Freiheit, Piper Verlag München 2004
- Fromm, Erich (1996), Haben oder Sein? Stuttgart
- Hayek, Friedrich August von (1944), The Road to Serfdom; deutsch: Der Weg zur Knechtschaft, Olzog Verlag München 2009
- Hofmann, Werner (1971), Sozialökonomische Studientexte, 3 Bde., Verlag Duncker & Humblot: Berlin 1971, Bd. 1: Wert- und Preislehre, S. 116 ff.; Bd. 2: Einkommenstheorie; Bd. 3: Theorie der Wirtschaftsentwicklung
- Keynes, John Maynard (1936) Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin
- Mandel, Ernest (1968), Marxistische Wirtschaftstheorie, Suhrkamp Verlag: Frankfurt/Main
- Mattfeldt, Harald (1985), Keynes – Kommentierte Werkauswahl, VSA-Verlag: Hamburg
- Marx, Karl (1993), Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 49
- Minsky, Hyman P. (2007), John Maynard Keynes, 2. Aufl., Marburg
- Motteck, Hans (1957, 1964, 1974), Wirtschaftsgeschichte Deutschlands - Ein Grundriss, 3 Bde.,
 - Band 1: Von den Anfängen bis zur Zeit der Französischen Revolution, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1957 (6. Aufl. 1983)
 - Band 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichgründung, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1964 (3. Aufl., 1987)
 - Band 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichgründung

1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945 (zusammen mit Walter Becker und Alfred Schröter), Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1974 (3. Aufl., Berlin 1977)

- Müller, Alfred (2009) Die Marxsche Konjunkturtheorie – eine überakkumulations-theoretische Interpretation, PapyRosa: Köln
- Müller, Horst (2005) Sozialwirtschaft als Systemalternative, in: Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Horst Müller (Hrsg.), Norderstedt
- Müller, Rudolf Wolfgang (1977) Geld und Geist, Campus Verlag: Frankfurt/Main
- Nordmann, Jürgen (2005), Der lange Marsch zum Neoliberalismus, VSA-Verlag: Hamburg
- Polanyi, Karl (1978), The Great Transformation, Suhrkamp: Frankfurt/Main
- Quesnay, Francois (1768) in: Hofmann, Werner (1971), Sozialökonomische Studententexte, Bd. 3, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, S. 33 - 46
- Ricardo, David (1821), Principles of Political Economy and Taxation, 3. Aufl., John Murray: London; deutsch: Akademie-Verlag: Berlin 1979
- Say, Jean Baptiste (1803), Traité d'économie politique, in: Hofmann, Werner (1971), Bd. 3 Theorie der Wirtschaftsentwicklung, S. 48 – 61
- Smith, Adam (1776) An Inquiry into the Nature of the Wealth of Nations, deutsch: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Akademie-Verlag: Berlin 1984
- Wallerstein, Immanuel/Müller, Horst (2010), Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010

- Wittfogel, Karl August (1977), Die Orientalische Despotie, Frankfurt/-Main-Berlin-Wien

Günter Buchholz: Geboren 1946, Bankkaufmann. Studium der BWL (HS Bremen): Betriebswirt (grad.) und der VWL (Universität Bremen): Diplom-Ökonom. Promotionsstudium (Bergische Universität Wuppertal), Promotion 1982: Dr. rer. oec.. Berufspraxis als Senior Consultant. Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Consulting — bis 2011 (HAWK Hildesheim/Holzminen/Göttingen und Hochschule Hannover). Lehrbeauftragter für „Wirtschaftsethik“ und „Geschichte des ökonomischen Denkens“ (HS Hannover).

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels